



Der Bund der Geächteten

Über den konspirativen Charakter des Bundes und dessen politisch-sozialen Ziele im Kampf um ein geeinigtes bürgerliches Deutschland

Wörer Stefanie

Kerngebiet: Neuzeit

eingereicht bei: o.Univ.-Prof. Dr. Helmut Reinalter

eingereicht im Semester: SS 2009

Rubrik: SE-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch LV-Leiter: sehr gut

Abstract

The „Bund der Geächteten“

About the secret society's conspirative character and its political and social efforts to establish a united civil society in Germany

The secret society “Bund der Geächteten” was formed by political refugees and German early-proletarians in the 1830s. The historical development and characteristics of this society are strongly connected with the revolutionary events of the 1830s. As the July Revolution triggered a global fear of revolution, the German Confederation reacted with aggressive repression (such as e.g. censorship regulations) to secure the political status quo. Consequently, the “silenced” members of the German “intelligence” escaped abroad, amongst others to France where the “Bund der Geächteten” gradually evolved.

Einleitung

Der Bund der Geächteten und der spätere Bund der Gerechten stellen die ersten deutschen Organisationen der 1830er Jahre dar, in denen sich politische Flüchtlinge mit deutschen Frühproletariern zu einer Vereinigung zusammenschlossen.¹ Der Charakter und die Entwicklung dieser politischen Verbindungen waren dabei wesentlich durch den Verlauf und den Ausgang der deutschen bürgerlichen Oppositionsbewegung im Vormärz bestimmt worden. Der Deutsche Volksverein in Paris, welcher der Vorläufer des Bundes der Geächteten war, sowie der Bund der Geächteten selbst oder etwa das Junge Deutschland in der Schweiz stellten in diesem Zusammenhang eine Weiterentwicklung der demokratischen Volksbewegung dar, die während des revolutionären Aufschwungs der 1830er Jahre im Kampf um ein geeinigtes bürgerliches Deutschland immer mehr an Einfluss gewonnen hat.²

Vor diesem Hintergrund soll in der vorliegenden Arbeit der Bund der Geächteten genauer vorgestellt werden. Hierbei wird die Entwicklung des Bundes von seiner Genese bis zu seinem Ende nachgezeichnet, indem vor allem folgende leitende Fragestellungen berücksichtigt werden: Warum konzipierte sich der Bund der Geächteten als ein Geheimbund? Wie äußert sich der konspirative Charakter des Bundes? Welche Ziele setzte sich der Bund im Kampf um ein geeinigtes bürgerliches Deutschland?

Um einen möglichst genauen und authentischen Einblick in das Wesen, in die Organisation und die Tätigkeit des Bundes zu erhalten, werden in der vorliegenden Arbeit mehrfach Informationen aus einschlägiger Fachliteratur mit Zitaten aus den Statuten und Programmschriften des Bundes belegt. Da es sich hierbei allerdings um eine umfassende Thematik handelt, können nur die wesentlichsten Punkte herausgearbeitet werden – eine umfangreiche Darstellung würde den hierfür vorgesehenen Rahmen deutlich sprengen.

1. Die Entstehung des Bundes der Geächteten

Die Julirevolution von 1830 schlug europaweite Wellen, welche bei allen großen europäischen Herrscherhäusern eine große Revolutionsangst auslöste. Diese Angst machte auch nicht vor den Staaten des Deutschen Bundes Halt, welche im Kampf um die Bewahrung ihres status quo einen aggressiven Repressionsapparat errichteten, um

¹ Joachim Höppner/Waltraud Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten und der Bund der Gerechtigkeit, in: Politische Vereine, Gesellschaften und Parteien in Zentraleuropa 1815–1848/49, hrsg. v. Helmut Reinalter, Frankfurt am Main-Wien 2005, S. 89–153, hier S. 89.

² Werner Kowalski, Der Bund der Geächteten (BdG) 1834–1840/41, in: Lexikon der Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945) in vier Bänden (Band I), hrsg. v. Dieter Fricke/Werner Fritsch/Herbert Gottwald/Siegfried Schmidt/Manfred Weißbecker, Köln 1983, S. 210–217, hier S. 210.

jegliches oppositionelles Gedankengut zu vernichten.³ Zensur, radikale Einschränkungen der Pressefreiheit sowie ein weitgehender Polizei- und Justizterror der herrschenden Feudalklasse bestimmten den öffentlichen Alltag der Zeit und konnten letztendlich jede politische Einigungsbewegung erfolgreich unterdrücken.⁴ Trotz dieser radikalen Maßnahmen konnte das oppositionelle Gedankengut dennoch nicht vollständig ausgemerzt werden – im Gegenteil sogar: Die „mundtot“ gemachte und verfolgte Intelligenz agierte teilweise im Untergrund weiter oder floh ins Ausland, beispielsweise ins „freiere“ Frankreich (Paris), welches in der damaligen Zeit den Ruf als „Schmelztiegel“ für revolutionäre und sozialistische Ideen genoss.⁵ Frankreichs Hauptstadt war im frühen 19. Jahrhundert nicht nur ein interessanter Anziehungspunkt für die vertriebene „vormärzliche deutsche Intelligenz“⁶, sondern auch für zahlreiche deutsche Handwerkergesellen, welche sich dort aufgrund der für Gesellen vorgeschriebenen Wanderpflicht, hauptsächlich aber auch aufgrund der in den Staaten des Deutschen Bundes bedrückenden Arbeitsplatznot aufhielten. Diese Handwerkergesellen ließen sich in den Pariser Vorstädten nieder und schlossen sich schließlich zu Vereinigungen zusammen, in denen sie nun die Möglichkeit hatten, sich gemeinsam über die vorherrschenden sozialen Zustände in ihrer Heimat auszutauschen. Mit der Zeit traten diese Handwerkervereinigungen immer mehr mit deutschen politischen Emigranten in Kontakt, deren Zahl in Paris nach den Unruhen der Dreißiger Jahre rapide angewachsen war.⁷ Vor diesem Hintergrund konzipierte sich zunächst der Deutsche Volksverein, welcher der erste Verein mit politischem Zweck war, den deutsche Emigranten in der französischen Hauptstadt gründeten.⁸

1.1. Der Deutsche Volksverein

Der Deutsche Volksverein entwickelte sich aus einem bereits seit dem Jahre 1830 in Paris existierenden deutschen Gesangsverein heraus. Dieser war, angesichts der heiklen politischen Lage in den Staaten des Deutschen Bundes, Ende Februar 1832 von jungen Kaufleuten, Literaten und anderen Angehörigen der deutschen Emigration zunächst zu einer Zweigstelle des Deutschen Vaterlandsvereins zur Unterstützung der freien Presse umfunktioniert worden, welcher sich für die Liberalisierung der Presse und somit für eine umfassende Information des Volkes einsetzte. Auch wenn es vornehmlich liberale Intellektuelle und Kaufmänner waren, die diesen Verein gründeten und führten, so

³ Beatrix W. Bouvier, Französische Revolution und deutsche Arbeiterbewegung. Die Rezeption des revolutionären Frankreich in der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung von den 1830er Jahren bis 1905, Bonn 1982, S. 34.

⁴ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 210.

⁵ Bouvier, Französische Revolution, S. 43.

⁶ Diese Bezeichnung wurde verwendet von: Wolfgang Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830, Stuttgart 1963, S. 89.

⁷ Karl Birker, Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840–1870, Berlin 1973, S. 21.

⁸ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 14.

gehörten ihm doch von Anfang an auch Handwerkergesellen an, deren Zahl bis Ende des Jahres 1833 mehr und mehr anstieg, bis sie letztendlich auch den größten Teil der Vereinsführung ausmachten.

Dem ursprünglichen Zweck zufolge gab es im Vaterlandsverein keine größeren Verpflichtungen für seine Mitglieder: Wer sich in eine Subskriptionsliste, welche an verschiedenen Orten in Paris zu finden war, eingetragen und darüber hinaus einen kleinen Geldbeitrag geleistet hatte, wurde als Mitglied anerkannt. Erst mit der Umbenennung des Vereins zum Deutschen Volksverein nahm er schließlich eine engere organisatorische Struktur an.⁹

Der Volksverein erreichte potentielle Mitglieder durch das Verbreiten von Flugschriften oder durch das Abhalten von Versammlungen in den Pariser Vorstädten, in denen nicht nur die gegenwärtigen politischen Zustände, sondern auch die sozialen Missstände in den Staaten des Deutschen Bundes behandelt wurden. Doch trotz aller Bemühungen war die Tätigkeit des Volksvereins nur von kurzer Dauer. Frankreich war nämlich selbst nach der Julirevolution innenpolitisch äußerst instabil – Streiks und Demonstrationen brachten die innere Krise des Staates zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang begann die Suche nach „Sündenböcken“, die für die vorherrschenden Unruhen verantwortlich gemacht werden konnten. Der Verdacht fiel bald auf Vereine, welche als öffentliche Plattformen für Politik Unruhen auslösten und die Menschen eindeutig gegen das bestehende System aufzuwiegen schienen.¹⁰ Der französische Staat reagierte dementsprechend rigoros und setzte im April 1834 ein neues Vereinsgesetz ein, das für alle Vereinsgründungen eine explizite behördliche Genehmigung vorsah. Allen bereits bestehenden Vereinen, die nicht den behördlichen Vorstellungen entsprachen, wurde mit diesem neuen Gesetz ihr Existenzrecht entzogen und jegliche Teilnahme an den nicht zugelassenen Vereinen wurde durch das Zuchtpolizeigericht geahndet. Von diesem Zeitpunkt an konnte sich daher in Paris kein politischer Verein mehr problemlos öffentlich betätigen. Dies galt schließlich auch für den Volksverein, der sich aufgrund dieser restriktiven Vereinsgesetze selbst auflösen musste. Seine Mitglieder konnten, wenn überhaupt, nur noch in einem Geheimbund weiter agieren und wurden somit in den Untergrund gedrängt, wo sie sich letztendlich zum Bund der Geächteten zusammenschlossen.¹¹

Diese Tatsache zeigt uns, dass es kein freiwilliger Schritt der Exildeutschen war, sich in einem Geheimbund zu konstituieren – im Gegenteil sogar: Sie wurden in diese

⁹ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 14–18.

¹⁰ Detlef Lehnert, Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848 bis 1983, Stuttgart 1984, S. 24.

¹¹ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 19.

Situation hineingedrängt, wie aus folgendem Ausschnitt aus dem Bundesflugblatt „Aufruf eines Geächteten an die deutschen Volksfreunde“¹² (1834) zu entnehmen ist:

„Eine solche Verbindung muß ‚wesentlich eine geheime‘ sein. Ich weiß es, dass in Deutschland ‚geheime‘ Verbindungen noch immer ihre Widersacher finden werden. Der offene grade Deutsche scheut das ‚Dunkel des Geheimnisses.‘ Aber wir wollen ‚keine geheimen Verbindungen, die im Dunkeln richten und schlichten, und die ihre Feinde rücklings trifft.‘ Wir Deutsche wollen eine ‚geheime‘ Verbindung nur ‚weil wir nicht öffentlich uns versammeln dürfen; weil wir die Angelegenheiten Deutschlands nicht öffentlich besprechen, weil wir nicht öffentlich drucken lassen dürfen; [...] Das ‚Geheimniß‘ ist zum Besten einer solchen Verbindung unerlässlich.“¹³

1.2. Die Herausbildung des Bundes der Geächteten

Der „radikale Flügel“ des Volksvereins organisierte sich also nach dessen Selbstauflösung neu und schloss sich zum geheimen und illegalen Bund der Geächteten zusammen.¹⁴ Wie bei seinem Vorgänger, handelte es sich dabei um einen Zusammenschluss von kleinbürgerlichen, intellektuellen Emigranten mit deutschen Handwerker-gesellen.¹⁵ Die nach Frankreich emigrierte Intelligenz fand in den Handwerker-gesellen politisch aufgeschlossene, opferwillige und einsatzbereite Kampfgefährten, welche dazu bereit waren, republikanische Flugschriften illegal in die Heimat zu schmuggeln und dort neue Kontakte zu knüpfen:

„Der patriotische Handwerker ist eine Propaganda zu Fuß, das Felleisen auf dem Rücken, ein paar Batzen in der Tasche, den Knotenstock in der Hand, wandert er von Berlin nach Constanx, von Wien nach Hamburg.“¹⁶

Die Handwerker-gesellen wiederum fanden in den Exil-Deutschen fernab von ihrer Heimat herbeigesehnte Landsleute und durch die Konfrontation mit deren Forderungen und Plänen gleichzeitig ihre politischen Lehrer. Dabei profitierten beide Fraktionen, das heißt die emigrierte deutsche Intelligenz und die deutschen Arbeiter, von diesem (Zweck-)Bündnis: Die Arbeiter wurden politisiert und in die demokratische Bewegung integriert, während die vornehmlich politisch ausgerichteten kleinbürgerlichen

¹² Die programmatischen Schriften des Bundes werden an einer anderen Stelle genauer behandelt (siehe Pkt. 3).

¹³ Aufruf eines Geächteten an die deutschen Volksfreunde. Gedruckt zum Vortheile geflüchteter deutscher Volksfreunde. Schloß Hambach (d. i. Paris): Dondey = Dupré Anfang 1834, Abdruck in: Hans-Joachim Ruckhäberle (Hrsg.), Frühproletarische Literatur. Die Flugschriften der deutschen Handwerker-gesellenvereine in Paris 1832–1839, Berlin-Düsseldorf-Mannheim 1977, S. 109–124, hier S. 121.

¹⁴ Höppner/Seidl-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 94f.

¹⁵ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 211.

¹⁶ Ernst Schüler, Die Regierung der Republik Bern, und die Verfolgten der Könige, Bern 1837, S. 17f., zit. nach: Höppner/Seidl-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 90.

Emigranten zunehmend für die sozialen Probleme des werktätigen Volkes sensibilisiert wurden.¹⁷

Die Benennung „Geächtete“ schien dabei durchaus treffend zu sein und ergab sich aus der politischen Situation der Bundesmitglieder (vorwiegend der werktätigen Fraktion der Verbindung): Sie waren nämlich Rechts- und Heimatlose, denen die Regierungen des Deutschen Bundes unter Androhung des Verlustes des Heimatrechts im Jänner 1835 den Aufenthalt in Frankreich, Belgien oder etwa in der Schweiz untersagten. Die Antwort auf dieses Verbot erfolgte jedoch sogleich mittels eines Flugblattes, welches klaren und entschlossenen Widerstand der „geächteten“ Arbeiter ankündigte:¹⁸

„Wir wollen nach Deutschland zurück, aber nicht einzeln und wehrlos, sondern in Masse und mit den Waffen in der Hand“.¹⁹

2. Der Aufbau des Bundes

Die Organisationsstruktur des Bundes der Geächteten war zunächst inhaltlich wie auch terminologisch von der französischen Geheimorganisation „Charbonnerie démocratique universelle“ beeinflusst worden, welche auf das Vorbild der politischen Geheimbündelei, nämlich auf die Karbonaria, zurückging und seit dem Ende der 1820er Jahre von Filippo Buonarrotti²⁰ geleitet wurde.²¹ Aufgrund dieses starken Einflusses²² der Charbonnerie besaß auch der Bund der Geächteten nach karbonaristischem Vorbild einen hierarchischen Aufbau, bestehend aus vier Stufen, die von den Mitgliedern nur in strenger Reihenfolge von unten nach oben bestiegen werden konnten.²³ Diese Stufen hießen in den ursprünglichen (karbonaristischen) Bezeichnungen von unten nach oben Hütten, Berge, Dikasterien und Nationalhütte. Nach der Verselbstständigung bzw. nach der Absonderung des Bundes von der Charbonnerie (ca. im Jahre 1836) wurden sie in Zelte, Lager, Kreislager und Brennpunkt unbenannt – wobei sich die innere Struktur nach dieser Umbenennung nicht geändert haben dürfte.²⁴

Da sich der Gründerkreis des Geheimbundes offensichtlich genau gekannt haben muss, dürfte sich der Bund der Geächteten von oben nach unten entwickelt haben. Demnach

¹⁷ Höppner/Seidl-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 90.

¹⁸ Ebd., S. 98.

¹⁹ Betrachtungen eines deutschen Arbeiters über die neuesten Maßregeln der deutschen Bundesregierungen, durch welche den deutschen Handwerkern der Aufenthalt in Frankreich, Belgien und der Schweiz bei Verlust ihres Heimathrechts untersagt wird, zit. nach: Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 98.

²⁰ Filippo Buonarrotti: 1761–1837.

²¹ Bouvier, Französische Revolution und deutsche Arbeiterbewegung, S. 44.

²² Drei der ehemaligen Mitglieder des Deutschen Volksvereins und spätere Gründungs- und Führungsmitglieder des Bundes der Geächteten, Muschani, Goldschmidt und Neuber, sollen Beziehungen zur Charbonnerie gepflegt haben: Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 24.

²³ Ebd.

²⁴ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 96.

muss es zuerst einen oder mehrere Zirkel von Eingeweihten gegeben haben (Lager) sowie eine Zentralbehörde (Brennpunkt). Erst die Mitglieder dieser beiden Zirkel bildeten dann die Zelte, in denen nicht bekannte Neumitglieder mit den Gründern des Bundes vereinigt wurden.²⁵ Auf horizontaler Ebene dieser „Stufenleiter“ hatten die einzelnen Gruppen keinen Kontakt zueinander, auf vertikaler Ebene erhielt jeweils ein Bevollmächtigter der höheren Leitung die Verbindung zur nächstniederen Ebene.²⁶

Diese strenge Geheimhaltung der einzelnen Grade muss man sich in diesem Kontext wohl als eine „reine Vorsichtsmaßnahme“ vorstellen – niemals sollte der Bund weder durch Absicht noch durch Unvorsichtigkeit in Gefahr gebracht werden, wie aus folgendem Ausschnitt des bereits zitierten „Aufrufs“ entnommen werden kann:

„Da aber keine Thatsache in ein so tiefes Geheimniß gehüllt sein kann, dass nicht hier und da der Schleier durch Unvorsichtigkeit, oder mit Absicht gelüftet werden könne, so muß diese Verbindung so eingerichtet sein, dass selbst Unvorsichtigkeit oder Absicht ihr nicht so zu schaden im Stande sind, dass sie dadurch gesprengt werde.“²⁷

2.1. Der Brennpunkt

An der hierarchischen Spitze des Bundes befand sich die oberste Nationalhütte bzw. der Brennpunkt, welcher in den Statuten als die „höchste gesetzgebende und vollziehende Gewalt“²⁸ festgelegt wurde. Der Brennpunkt wählte und ergänzte die allen anderen Bundesangehörigen unbekannt verbliebenen Mitglieder selbst und sah sich für das versammelte Volk verantwortlich. Er verlangte von den Mitgliedern absoluten Gehorsam, Verschwiegenheit und Opferbereitschaft und nahm sich auch das Recht heraus einzelne Mitglieder auszustoßen oder etwa mit dem Tode zu bestrafen, falls die Existenz des Bundes verraten wurde. Zudem verschwieg der Brennpunkt allen anderen Bundesmitgliedern seinen Sitz sowie auch die Namen der Mitglieder und verkehrte mit den untergeordneten Bundesteilen nur durch so genannte Bevollmächtigte.²⁹

2.2. Die Kreislager

Die zweithöchste Stufe bildeten die Kreislager, welche die ihnen untergeordneten Lager und Zelte eines Bundeskreises zu leiten hatten. Das Kreislager besaß absolute Vollmachten gegenüber den Lagern der Eingeweihten und den Zelten der Kandidaten, war aber ebenso wie diese dem Brennpunkt zu blindem Gehorsam verpflichtet. Der

²⁵ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 26f.

²⁶ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 96.

²⁷ Aufruf eines Geächteten an die deutschen Volksfreunde (Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 121).

²⁸ Allgemeine Statuten des Bundes der Geächteten, Paris 1834, Art.30, Abdruck in: Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 139–143, hier S. 141.

²⁹ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 212; Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 95f.

Brennpunkt ernannte die Mitglieder des Kreislagers, konnte es auflösen oder einzelne Personen daraus entfernen.³⁰ Die Mitglieder der Kreislager sowie der Sitz derselben waren allerdings nur der höchsten Behörde (dem Brennpunkt) bekannt und es war den Kreislagern strengstens verboten, ohne ausdrückliche behördliche Einwilligung des Brennpunktes Kontakt zu anderen Kreislagern aufzunehmen.³¹

2.3. Die Lager und Zelte

Die Basis der gesamten Bundeshierarchie bildeten letztendlich die Lager und Zelte, die sich in der Mehrzahl aus Handwerkergeesellen zusammensetzten. Die Mitgliederzahl der Zelte und Lager war auf drei bis zehn Personen begrenzt. Stieg die Zahl über das in den Statuten festgelegte Maximum, so wurden die Zelte bzw. Lager geteilt – die Verbindung untereinander musste in diesem Fall sofort abgebrochen werden.³²

Die Lager und Zelte waren grundsätzlich gleich aufgebaut und organisiert. Sie wählten beide halbjährlich einen Vorsteher (Präsidenten) und Beistand (Kassierer) – das Lager darüber hinaus noch zusätzlich einen Kassenführer für die Verwaltung der Mitgliedsbeiträge³³. Auch wenn der Aufbau dieser beiden Grade grundsätzlich gleich war, gilt es dennoch zu beachten, dass die „Lager der Eingeweihten“ in der Bundeshierarchie über den „Zelten der Kandidaten“ standen. Die Lager-Mitglieder waren nämlich bereits in die Bundesgeheimnisse eingeweiht und nahmen inkognito an den Zeltversammlungen teil, wo sie schließlich die Befehle des Brennpunktes durchsetzten.³⁴ Die Lager galten den Statuten zufolge als „Bewahrer der Zwecke des Bundes“, als „die Vollstrecker der gesamten Beschlüsse“, als „Ratgeber für seine inneren Einrichtungen sowie für äußere Tätigkeit“ und „Lenker seiner Kraft“³⁵. Ein Lager konnte mehrere Zelte leiten und kein Zelt konnte ohne gleichzeitigen Bestand eines übergeordneten Lagers existieren. Die Leitung der Zelte von den Lagern aus übernahmen so genannte „Bevollmächtigte“, welche sich den Zelten als „Beauftragte“ des Brennpunktes vorstellten, pünktlich die Beschlüsse des Lagers vollzogen und den höheren Bundesgraden regelmäßig Bericht erstatteten.³⁶

Die Zelte hingegen bildeten nur den vorbereitenden Grad der Verbindung und stellten somit eine Art „Pflanz- oder Prüfungsschule“³⁷ dar, in denen neugeworbene Mitglieder überprüft werden sollten. Den „einfachen“ Zeltmitgliedern wurde aus diesem Grund der

³⁰ Kowalski, *Der Bund der Geächteten*, S. 212.

³¹ Statuten des Bundes der Geächteten. Die Statuten der Lager, Art. 36–38, Abdruck in: Ruckhäberle, *Frühproletarische Literatur*, S. 144–151, hier S. 148.

³² Die Statuten der Lager, Art. 16f (Ruckhäberle, *Frühproletarische Literatur*, S. 145f.).

³³ Die Mitgliedsbeiträge wurden freiwillig verrichtet, sofern die zuständigen Behörden nicht für dringende Fälle eine Steuer erheben mussten: Höppner/Seidel-Höppner, *Der Bund der Geächteten*, S. 96.

³⁴ Kowalski, *Der Bund der Geächteten*, S. 212.

³⁵ Die Statuten der Lager, Art. 10ff. (Ruckhäberle, *Frühproletarische Literatur*, S. 145).

³⁶ Die Statuten der Lager, Art. 13f. (Ruckhäberle, *Frühproletarische Literatur*, S. 145).

³⁷ Ebd., Art. 6.

hierarchische Aufbau der Organisation verschwiegen und die Zelte erhielten eigene Statuten, in denen nur von der Existenz der Zelte und von der obersten Behörde des Bundes, des Brennpunktes, die Rede war und die sich somit klar von den so genannten Lager-Statuten unterschieden.³⁸ Die Zeltmitglieder kamen regelmäßig auf dem Zimmer eines Mitgliedes zusammen, besprachen und vollzogen dabei die Neuaufnahmen, diskutierten über Freiheit und Gleichheit, über verschiedene Staatsformen und insbesondere über die Lage in Deutschland und lasen hierfür politische Schriften, vor allem die Programmschriften des Bundes und die eigens vom Bund herausgegebene Zeitschrift „Der Geächtete“, welche den Kandidaten der Zelte als Einweihungs- und Diskussionslektüre dienen sollten. Den Statuten zufolge sollten die Zelte vorwiegend die „numerische Stärke des Bundes“³⁹ mehren, wodurch das Werben von neuen Mitgliedern für die Verbindung als eine wesentliche Aufgabe der Handwerkergelesen der Zelte festgelegt wurde.⁴⁰

2.4. Eintritt in den Bund

Wenn sich jemand für den Eintritt in den Bund bereit erklärt hatte, wurde zunächst eine strenge Nachforschung über dessen (früheres) Leben sowie auch über die Einzelheiten seines „gegenwärtigen Betragens“ durchgeführt.⁴¹ Fiel diese Überprüfung gut aus, so wurde der Kandidat mit verbundenen Augen in die Zelt-Versammlung geführt und mit den Grundsätzen des Bundes bekannt gemacht.⁴² Wenn der Kandidat einwilligte, leistete er folgendes Aufnahmegelöbnis:

„Ich gelobe bei meiner Ehre: Verschwiegenheit über das Bestehen des Bundes und treuen, aufopfernden Eifer für seinen erhabenen Zweck. Mich treffe Ehrlosigkeit und Tod, wenn ich wortbrüchig werde.“⁴³

Diese Weihe als „Bundesbruder“ ermöglichte dem Kandidaten die Teilnahme an den Zelt-Versammlungen und galt gleichzeitig auch als Voraussetzung um in ein (in der Bundeshierarchie) übergeordnetes Lager aufgenommen zu werden. Vor dem Eintritt in ein Lager musste der Anwärter wiederum ein Aufnahmegelöbnis leisten:

„Ich gelobe bei meiner Ehre Verschwiegenheit über das Bestehen dieses Grades, Gehorsam seinen Gesetzen sowie den Verfügungen seinen gesetzlichen Obern und treuen aufopfernden Eifer für seinen Zweck. Mich treffe Ehrlosigkeit und Tod, wenn ich wortbrüchig werde.“⁴⁴

³⁸ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 212.

³⁹ Die Statuten der Lager, Art. 6 (Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 144).

⁴⁰ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 212.

⁴¹ Die Statuten der Lager, Art. 27 (Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 147).

⁴² Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 212.

⁴³ Die Statuten der Lager, Art. 40 (Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 148).

⁴⁴ Die Statuten der Lager, Art. 28 (Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 147).

Falls ein Lager-Anwärter Bedenkzeit einforderte, so wurde ihm, falls er die Existenz des Bundes verraten würde, dessen Rache angedroht.⁴⁵

3. Das Programm

Nachdem sich der Bund der Geächteten konstituiert hatte, folgte derselbe bald dem Drängen der Mitglieder nach einem Programm und publizierte eine programmatische „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“, gefolgt vom „Aufruf eines Geächteten an die deutschen Volksfreunde“ und vom „Glaubensbekenntniß eines Geächteten“. Das politische Programm des Bundes knüpfte dabei an die jakobinische Tradition der bürgerlich französischen Revolution von 1789 und 1794 an⁴⁶ und entsprach zunächst sowohl den Vorstellungen der kleinbürgerlichen Intellektuellen, als auch derjenigen der proletarisierten Handwerkeresellen. Gleichzeitig ließen die Geächteten ihre Statuten drucken, in denen sie die Zielsetzungen ihrer geheimen Verbindung festlegten.

Die Allgemeinen Statuten des Bundes bezeichneten die Verbindung der Geächteten als „[...]ein aus deutschen Männern bestehender Bund; Deutsche sind alle der deutschen Sprache und Sitte angehörende Männer“. Der Bund sei zudem den Allgemeinen Statuten zufolge „eine wesentlich geheime Verbindung“ mit dem Zweck der „Befreiung und Wiedergeburt Deutschlands“.⁴⁷

Dieser Zweck wurde allerdings nur den Mitgliedern der niederen Grade (Zelte) mitgeteilt. In den Statuten der höheren Grade wurde unter Artikel 2 des Lager-Statuts folgender Zweck der Vereinigung definiert:⁴⁸

„Die Befreiung Deutschlands aus dem Joche schimpflicher Knechtschaft und Begründung eines Zustandes, der, soviel als Menschenvorsicht vermag, den Rückfall in Knechtschaft und Elend verhindert. Die Erreichung dieses Hauptzweckes ist nur möglich bei der Begründung und Erhaltung der sozialen und politischen Gleichheit, Freiheit, Bürgertugend und Volkseinheit zunächst in den der deutschen Sprache und Sitte angehörenden Ländergebieten, sodann aber auch bei allen übrigen Völkern des Erdkreises.“⁴⁹

Vor allem der letzte Teil dieses Artikels entspricht inhaltlich einer Grundforderung der Geächteten in ihrer „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“, in welcher sie sich in außenpolitischer Hinsicht im Kampf um die Freiheit zur brüderlichen Solidarität der

⁴⁵ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 212.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Allgemeine Statuten des Bundes der Geächteten, Art. 1ff. (Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 139).

⁴⁸ Max Beer, Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe, Erlangen⁷1972, S. 506.

⁴⁹ Die Statuten der Lager, Art. 2 (Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 144).

Menschen aller Länder bekannten und jeden verabscheuten, der nur ein einziges Volk unterdrückte oder etwa zu unterdrücken versuchte.⁵⁰

3.1. „Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“

Die aus 53 Artikeln bestehende „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“⁵¹ (1834) war einem Text von Charles Antoine Teste, einem der Führer der „Société des droits de l’homme et du citoyen“, entnommen worden. Bei diesem Text handelte es sich um die „Déclaration des principes fondamentaux de la société“ aus dem „projet de constitution républicaine“ (1833), welcher schließlich von Theodor Schuster, einem führenden Kopf innerhalb des Bundes der Geächteten, übersetzt wurde.⁵²

3.2. „Aufruf eines Geächteten an die deutschen Volksfreunde“

Diese Flugschrift sollte zur Gründung eines über ganz Deutschland verzweigten Geheimbundes auffordern. Der Aufruf richtete den Appell „Vereinigt euch!“⁵³ nach außen, wobei sich alle Freunde der Freiheit, in jedem Bezirk, in jeder Stadt oder etwa in jedem Dorf vereinen, revolutionäre Schriften verbreiten, freiwillige Beiträge einsammeln und sich mit anderen Patrioten der benachbarten Dörfer und Städte verbünden sollten.⁵⁴ Aufgrund dieses doch sehr offenkundigen Aufrufs, ist es naheliegend, dass sich die Urheber desselben natürlich bewusst waren, dass dieser „geplante Geheimbund“ nicht lange „geheim“ bleiben würde. Dies schien sie allerdings nicht weiter zu stören, wie aus folgendem Abschnitt aus dem „Aufruf“ entnommen werden kann:

„Den deutschen Regierungen, der deutschen Polizei ist dieser Plan nichts Neues und kann ihr daher nichts verraten, da eben hier nur ein ‚Plan‘ und sonst nichts mitgeteilt ist; vielleicht aber kommt er in die Hände manches Vaterlandsfreundes, dem er den rechten Weg zeigt, auf welchem er für die Freiheit wirken kann, dem er ein Mittel an die Hand gibt, seiner Freiheitsliebe einen Wirkungskreis zu verschaffen. Gelingt dies nur hier und dort, so hat dieser Aufruf schon sein Gutes bewirkt; ist er aber imstande, den Deutschen zu beweisen, wie notwendig eine durchgreifende Verbindung, ist er vielleicht die Ursache mit, daß dereinst eine solche entsteht; so ist er vielleicht einer der Grundsteine des Tempels der Freiheit in Deutschland; denn nochmals: mit einer so

⁵⁰ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 96f.

⁵¹ Aus Platzgründen muss auf eine ausführliche Darstellung der „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ verzichtet werden. Eine vollständige Auflistung der 53 Artikel findet sich unter anderem bei Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 125–130 oder bei Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 316–319.

⁵² Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 96.

⁵³ Aufruf eines Geächteten an die deutschen Volksfreunde (Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 123).

⁵⁴ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 211.

durchgreifenden Verbindung in Deutschland, ist der Sieg der Freiheit gesichert.“⁵⁵

Aus diesem Zitat wird ersichtlich, dass der Bund offensichtlich vollkommen von seinem Tun überzeugt war und davon ausging, dass man für den Erhalt einer besseren Ordnung „nur“ das Volk aufklären, für eine bessere Ordnung gewinnen und ihm bei der Organisation der Kräfte helfen müsste.⁵⁶

3.3. „Glaubensbekenntniß eines Geächteten“

In dieser Programmschrift wurde die Auffassung des Bundes über die politische und soziale Zukunft der deutschen Heimat erläutert. Der Bund sprach sich hierbei für die Beseitigung der absoluten und konstitutionellen Monarchie aus und forderte die Errichtung einer demokratischen Republik, in welcher die Gesamtheit der Bürger die Gesetze entwerfen und ihre Vollziehung überwachen sollte. Zudem sollte das souveräne Volk in Freiheit herrschen.⁵⁷

Weiters hielt das Programm an den politischen Grundideen von Maximilien Robespierre (1758–1794) aus dem Jahre 1793 fest. Es forderte die Herrschaft des Volkes, proklamierte eine weitreichende Vereins – und Meinungsfreiheit, allgemeines Wahlrecht, Plebiszite über die Verfassung, Rechenschaftsablegung der Exekutive vor der Legislative, Verantwortlichkeit der Abgeordneten und der auf Zeit zu wählenden Beamten sowie die Besoldung aller Abgeordneten – mit dem Ziel, dass auch die „einfachen“ Bürger, welche von ihrer Arbeit lebten, an der Leitung des Staates teilnehmen könnten. Darüber hinaus erhob das Programm die Forderung auf eine Justizreform mit Geschworenengerichten sowie auf Verhältnismäßigkeit der Strafjustiz unter Ausschluss der Todesstrafe. Ferner auch das Recht auf Sicherheit jeder Einzelperson und auf Widerstand gegen Unterdrückung.⁵⁸

Neben derartigen politischen Postulaten erhoben die Geächteten auch die Forderung nach sozialökonomischen Veränderungen in Deutschland, die sich insbesondere zugunsten des arbeitenden Volkes auswirken sollten, um auch ihm die unabhängige Ausübung aller politischen Rechte und Freiheiten zu ermöglichen⁵⁹. Nach Meinung der Geächteten stellte vor allem die Unabhängigkeit des Volkes die Voraussetzung für die Ausübung der Bürgerrechte dar. Doch konstatierten sie, dass nur jener unabhängig sein könne, „dessen Dasein und Lebensunterhalt nicht wegen seiner äußeren Stellung in die

⁵⁵ Aufruf eines Geächteten an die deutschen Volksfreunde (Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 122).

⁵⁶ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 92.

⁵⁷ Kowalski, Der Bund der Geächtete, S. 213.

⁵⁸ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 96f.

⁵⁹ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 213.

Hand eines Dritten gegeben ist.“⁶⁰ Gleichzeitig mussten sie aber feststellen, dass es unter den bestehenden Verhältnissen in Deutschland wohl nicht einmal einen Ansatz von Gleichheit, geschweige denn von Unabhängigkeit des Volkes gebe, wodurch die Diskussion von Unabhängigkeit oder etwa Gleichheit in ihren Augen vollkommen hinfällig sei, wenn es zu keiner Verbesserung der sozialen Lage käme:

„Aber von Unabhängigkeit reden, wo oft ein Reicher über Tausende von Arbeitern verfügt, deren Loos, ohne ihn Entblößung und Hunger ist; wo oft eine Klasse von Bevorrechteten herrscht über Schaaren geächteter Mitmenschen, mit deren Daseyn sie spielt, deren Schweiß sie verpraßt und deren Leben sie fristet durch spärlichen Taglohn oder durch die beschimpfende Gunst eines Allmosens – bei einem solchen Zustande von Gleichheit, von Unabhängigkeit reden, wäre Spott, wäre schneidender Hohn.“⁶¹

Die Geächteten sahen in der „Annäherung der Gleichheit in den äußeren Verhältnissen“⁶² die Lösung des sozialen Problems in Deutschland – ihrer Meinung nach stand das Recht auf Existenz höher als das Recht auf Eigentum. Aus diesem Gedanken wurde wiederum abgeleitet, dass die Gesellschaft das Recht habe, in Eigentumsverhältnisse einzugreifen um das Glück für alle Bürger sicher zu stellen und „das Elend zu verbannen und die Güter der Bürger der Gleichheit näher zu bringen“⁶³. Jeder Mensch müsste nämlich in ihren Augen die Mittel haben „sich auf eine leichte Weise ein Auskommen zu verschaffen, welches ihm nicht nur die Bedürfnisse des Lebens, sondern auch eine des Menschen würdige Stellung in der Gesellschaft sichert.“⁶⁴ Das Recht auf Arbeit wurde in diesem Zusammenhang als Menschen- und Bürgerrecht definiert und galt als Voraussetzung für die menschliche Würde.⁶⁵

3.4. Die Zeitschrift „Der Geächtete“

Der Bund der Geächteten wirkte nach außen sowohl durch mündliche Propaganda der Gesellen, als auch durch Flugschriften und Flugblätter. Nachdem die Bewegung eine gewisse Ausdehnung erfahren hatte, wurde auch eine eigene Zeitschrift mit dem Titel „Der Geächtete“ in Angriff genommen.

„Der Geächtete“ erschien von Juli 1834 bis Jänner 1836 in zwölf Heften zu je 48 Seiten. Diese Zeitschrift wurde mit einer Auflage von insgesamt 500 Exemplaren herausgegeben und von ca. 200 deutschen Arbeitern in Paris finanziert. Im ersten Erscheinungsjahr kam von Juli bis Dezember 1834 jeweils ein Heft im Monat heraus –

⁶⁰ Glaubensbekenntniß eines Geächteten, Paris 1834, Abdruck in: Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 130–138, hier S. 134.

⁶¹ Ebd.

⁶² Ebd.

⁶³ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 97.

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Ebd. S. 96f.; Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 213.

die sechs Hefte des zweiten Jahrgangs erschienen schließlich ab Februar 1835 in einem zweimonatigen und zuletzt in einem vierteljährlichen Abstand. Jedes Heft der Zeitschrift enthielt neben Aufsätzen auch einen umfangreichen Nachrichtenteil mit echten, häufig aber auch mit fingierten Korrespondenzen, in welchen zu bestimmten Tagesereignissen Stellung genommen wurden. Dadurch sollte den Mitgliedern ergänzend zum theoretischen Programm der Aufsätze ein „praktischer Anschauungsunterricht“ gegeben werden.⁶⁶ Das Motto der Zeitschrift lautete „Erlöse uns vom Übel! Amen!“⁶⁷ und war in erster Linie für Arbeiter bestimmt.⁶⁸

Die Benennung der Zeitschrift in „Der Geächtete“ war offensichtlich einer klaren Überlegung der Herausgeber gefolgt: Zum einen der Überzeugung, dass ihre Ansichten von allen geächtet würden, welche die Macht in ihren Händen hielten und zum anderen auch dem Wissen der Geächteten, dass sich diese Acht auch auf Personen erstrecken würde, die sich mutig öffentlich zu jenen Ansichten bekannten.⁶⁹

„Der Geächtete“ verfolgte eine republikanische Linie, wobei die Zeitschrift meist die Wesensart der konstitutionellen Monarchie anprangerte, welche in ihren Augen das Volk rechtlos machte. Obwohl die Zeitschrift hauptsächlich in Paris regelmäßig abonniert wurde, lässt sich eine erstaunliche Verbreitung konstatieren, wonach sie nicht nur in Paris, sondern auch in Straßburg oder etwa in der Schweiz gelesen wurde.⁷⁰ Schließlich waren es auch wandernde Gesellen, welche diese Schriften auch in Deutschland verbreiteten, wo es zuletzt auch Handwerker waren, die zwischen 1836 und 1840 Zweigstellen des Bundes im badischen, hessischen, fränkischen und norddeutschen Raum errichteten und leiteten. Obwohl die Bundesteile in Deutschland und Paris regelmäßig durch Wandergesellen oder Sendboten in Kontakt standen, bewahrten die Geächteten in Deutschland dennoch ihre Selbstständigkeit. Sie druckten aus eigener Presse unter anderem die „Erklärung“, die „Statuten“ und den „Aufruf“ nach. Ebenso stand den deutschen Verbindungen auch die von Georg Büchner (1813–1837) gegründete „Gesellschaft der Menschenrechte“ sehr nahe.⁷¹

4. Die Führung

Wie im Zuge der vorliegenden Arbeit bereits dargelegt wurde, befanden sich im Bund der Geächteten sowohl kleinbürgerliche Intellektuelle als auch proletarisierte Handwerker – zwei an sich völlig unterschiedliche gesellschaftliche Gruppierungen, deren Verbindung (anfangs) durch ein gemeinsames Interesse, nämlich die Befreiung Deutschlands aus seiner misslichen politischen (und sozialen Lage), möglich gemacht

⁶⁶ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 147f.

⁶⁷ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 98.

⁶⁸ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 147.

⁶⁹ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 98.

⁷⁰ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 148.

⁷¹ Ebd., S. 97ff.; Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 213f.

wurde. Während der kleinbürgerliche Flügel allerdings immer mehr auf endgültige Realisierung der politischen Ziele des Bundes beharrte, pochte der proletarische Flügel, der zunehmend ein „Klassenbewusstsein“ herauszuentwickeln schien, auf die Umsetzung sozialer Reformen und somit auch auf die Verbesserung der sozialen Lage der niederen gesellschaftlichen Schichten. Bald schon kam es innerhalb des Bundes zu Interessenskonflikten – eine Situation, die den Bund mit der Zeit vor eine große Zerreißprobe stellte. In diesem Kontext taten sich innerhalb des Führungskreises besonders zwei Persönlichkeiten hervor, welche zwar innerhalb des Bundes den Status als „geistige Führer“ genossen, mit ihren konträren Ansichten und Ideen allerdings das Bestehen des Bundes zunehmend ins Wanken brachten: Jakob Venedey und Theodor Schuster.

4.1. Jakob Venedey

Jakob Venedey wurde am 24. Mai 1805 als Sohn eines Anwaltes in Köln geboren. Schon relativ früh brachte er seine demokratische und oppositionelle Einstellung zum Ausdruck, als er sich bereits während seines Jura-Studiums in Bonn und Heidelberg in Burschenschaften engagierte und sich auch später, neben seiner Aktivität als Anwalt in der Kanzlei seines Vaters, als politischer und wissenschaftlicher Publizist (z. B. am „Wächter am Rhein“) positiv über die demokratischen und liberalen Bewegungen seiner Zeit äußerte. 1832 nahm er am berühmten „Hambacher Fest“ teil und verbreitete anschließend die Hambacher Ideen in deutschlandweiten Reisen. Nachdem er 1833 in Mannheim wegen seiner Äußerungen im Journal „Wächter am Rhein“ verhaftet worden war, gelang ihm noch im selben Jahr die Flucht über Straßburg nach Nancy, wo er zunächst mit seinem alten Freund Gerhard Pappers zusammenlebte. Aufgrund der Verbreitung von revolutionären Ideen wurde er auch von Nancy ausgewiesen, sodass er im Dezember 1833 nach Paris kam. Dort trat er in den Deutschen Volksverein ein und engagierte sich nach dessen Auflösung in der Bundesleitung des Bundes der Geächteten.⁷² Venedey leitete seit 1835 die Redaktion des Bundesjournals „Der Geächtete“, wo er sein Gedankengut durch eine Reihe von Leitartikeln veröffentlichte.⁷³ Dazu gehörten unter anderem:

- „Deutschland, Sklave, Leibeigener, Untertan“ (Jahrgang 1, Heft 1)
- „Deutschlands größte Nationalschuld“ (Jahrgang 1, Heft 3)
- „Der Kampf für eine bessere Zukunft“ (Jahrgang 1, Heft 4 und 6)
- „Die Vorboten der nahenden Krisis in Deutschland“ (Jahrgang 2, Heft 1)⁷⁴

⁷² Heinrich Best/Wilhelm Weege, Biografisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1998, S. 342f.

⁷³ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 214.

⁷⁴ Ebd.

In seinen ersten Artikeln schilderte Venedey zunächst die materielle Not und die revolutionäre Energie des Volkes, wobei er den Standpunkt vertrat, dass das Unglück der Menge der Auslöser für das revolutionäre Gedankengut darstelle und dass die notleidende Bevölkerung aufgrund dessen das Bestehende irgendwann angreifen und vernichten würde. Von seinem anfänglichen kleinbürgerlich-demokratischen Standpunkt näherte sich Venedey mit der Zeit allerdings mehr und mehr einer bourgeoisen Sichtweise an, bis er schließlich im Bundesjournal jede selbstständige Aktion der Massen für eine Verbesserung der sozialen und politischen Lage bekämpfte.⁷⁵ Er war der Meinung, dass die Republik nur durch die Wahl fähiger Minister das Elend der Bauern und Arbeiter verbessern könne und dass man die Gleichheit aller Bürger durch die Einrichtung einer Progressivsteuer wiederherstellen solle. In der Eroberung der politischen Rechte sah er den Schlüssel für soziale Verbesserungen und er liebäugelte mit einer bürgerlichen Republik amerikanischen Musters. Dafür forderte er die Abschaffung der Zivilliste der Fürsten und der, wie er sie selbst nennt, „aufgeblähten Bürokratie“ sowie auch die Auflösung der stehenden Heere.⁷⁶

Dieser Meinung stand jedoch ein anderer führender Kopf des Bundes entgegen: Theodor Schuster.

4.2. Theodor Schuster

Theodor Schuster war ein ehemaliger Privatdozent der Rechtswissenschaften in Göttingen, wo er unmittelbar nach der Julirevolution von 1830 einen Putschversuch vornahm. Er flüchtete im Anschluss nach Frankreich, wo er sich, wie Venedey, zunächst dem Volksverein anschloss und sich anschließend im Bund der Geächteten engagierte. Seit 1835 arbeitete er verstärkt am Bundesjournal mit, wo er, im Gegensatz zu Venedey, vor allem seine sozialreformerischen Ideen zum Ausdruck brachte⁷⁷, unter anderem in folgenden Artikeln:

- „Der Kampf für eine bessere Zukunft“ (Jahrgang 1, Heft 5)
- „Freiheit“ (Jahrgang 2, Heft 5)
- „Gedanken eines Republikaners“ (Jahrgang 2, Heft 2 und 3)⁷⁸

Schuster lehnte sich in seiner Konzeption stark an die Bedürfnisse der werktätigen Mitglieder des Bundes an und war darauf bedacht, auf die von der bürgerlichen Opposition des Bundes vernachlässigten sozialen Fragen einzugehen. Er teilte die Gesellschaft in zwei Klassen ein, wobei die Klasse der alles verzehrenden und nichts

⁷⁵ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 214.

⁷⁶ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 100.

⁷⁷ Beer Max, Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe, Erlangen 1972, S. 505.

⁷⁸ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 214.

hervorbringenden Reichen der alles hervorbringenden und entbehrenden Klasse der Armen entgegenstand⁷⁹, und gab folglich dem Drängen der proletarischen Mitglieder des Bundes nach sozialen Rechten nach. Weitgehende Reformen hielt er in diesem Zusammenhang für unumgänglich und glaubte (im Gegensatz zu Venedey) nicht, dass durch die Aufhebung der feudalen Strukturen oder etwa durch die Errichtung von Republiken nach amerikanischem oder schweizerischem Vorbild die sozialen Probleme gelöst werden könnten.⁸⁰

Auch hinsichtlich des Revolutionsgedankens schienen Venedey und Schuster unterschiedlicher Meinung zu sein. Nach Schuster bringe eine Revolution nur dann einen Fortschritt, wenn sie von den Menschen unter vollständiger Kenntnis des Endzwecks unternommen oder zumindest mit einer solchen Kenntnis fortgeleitet würde:⁸¹ „Nur wer sich klar ist, wer das Ziel kennt, das er zu erreichen strebt, darf es zu erreichen hoffen.“⁸² Venedey hingegen vertrat die Ansicht, dass man erst durch eine Revolution dem Volk das nötige Bewusstsein verschaffen könne, um es zur Herrschaft zu befähigen. Das deutsche Volk müsse sich somit zunächst die Macht erkämpfen, um über die zukünftige Verfassung beraten zu können⁸³, denn „wer vor dem Kampf beraten wolle, was nach dem Sieg zu tun sei, spalte die republikanische Bewegung, lähme ihre Kraft und arbeite dem Feind in die Hände.“⁸⁴ Während Venedey von einer „Volksrevolution“ sprach, welche für ihn eine allgemeine politische Revolution eines „abstrakten“ Volkes darstellte, so hielt Schuster diesem Konzept eine „soziale Revolution“ entgegen, in der ganz klar die arbeitenden Klassen als Träger der Revolution fungieren sollten.⁸⁵

Ihre unterschiedlichen Vorstellungen einer Revolutionsstrategie resultieren wohl aus einer wiederum kontroversen Meinung über die ökonomischen Ursachen sozialer Gegensätze. Venedey sah die materielle Wurzel der Ungleichheit zwischen dem Überfluss der Reichen und der Armut der Masse im Verteilungssystem. Bei diesem stünden nämlich auf der einen Seite das Unglück und der Hunger, auf der anderen Seite jedoch der Überfluss und die Übersättigung. Schuster hingegen suchte die Ursache im Eigentumsverhältnis, und zwar in der, wie er es nennt, „außerordentlichen Unverhältnismäßigkeit im Güterbesitz“⁸⁶.

⁷⁹ Kowalski, *Der Bund der Geächteten*, S. 214.

⁸⁰ Höppner/Seidel-Höppner, *Der Bund der Geächteten*, S. 100.

⁸¹ Ebd., S. 100.

⁸² Theodor Schuster, *Der Kampf für eine bessere Zukunft*, in: *Der Geächtete*. H. 5, 1834, S. 202–218, zit. nach: Ruckhäberle, *Frühproletarische Literatur*, S. 52.

⁸³ Höppner/Seidel-Höppner, *Der Bund der Geächteten*, S. 100.

⁸⁴ „Der Kampf für eine bessere Zukunft. Antwort an Herrn Dr. Schuster“, *Der Geächtete*, Jg. 1, Nr. 4, S. 245ff., zit. nach: Höppner/Seidel-Höppner, *Der Bund der Geächteten*, S. 100.

⁸⁵ Theodor Schuster, *Der Kampf für eine bessere Zukunft*, in: *Der Geächtete*. H. 5, 1834, S. 202–218, zit. nach: Ruckhäberle, *Frühproletarische Literatur*, S. 52.

⁸⁶ Höppner/Seidel-Höppner, *Der Bund der Geächteten*, S. 100.

Während Venedey die politische Freiheit als Voraussetzung sozialer Verbesserungen sah, beharrte Schuster auf sozialen Reformen als Garantie für Demokratie und somit auch für die Freiheit. Der Antrieb des arbeitenden Volkes sei seiner Meinung nach nämlich für die politische Befreiung wirksamer, denn ohne sie würden Gesetze über Wahlrecht oder etwa über die Pressefreiheit wirkungslos bleiben. Dem Programm einer „politischen Republik“ von Venedey, stellte Schuster schließlich das Programm einer radikalen sozialen und politischen Emanzipation der arbeitenden Klassen entgegen.⁸⁷

5. Der Zerfall des Bundes

Im vorhergehenden Kapitel wurde der Versuch angestellt, den Interessenskonflikt innerhalb der Führungsreihe der Geächteten nachzuzeichnen. Dabei fiel auf, dass sich innerhalb des Bundes ein immer größerer Riss zwischen dem bürgerlichen und proletarischen Demokratieverständnis, vor allem aber auch zwischen Inhalt und Ziel der zu verfolgenden Propaganda auftat⁸⁸ – eine Tatsache, welche schließlich unweigerlich zum Zerfall des Bundes führen musste.

5.1. Die Ursachen

Nachdem der Bund der Geächteten mehr als zwei Jahre lang unangefochten in Paris existiert hatte, kulminierten die bis Ende des Jahres 1836 stetig anwachsenden Spannungen innerhalb des Bundes in einem sukzessiven Verlassen eines Großteils der Mitglieder (vor allem des proletarischen Flügels), welche sich schließlich zu einer selbstständigen Organisation, dem Bund der Gerechtigkeit, zusammenschlossen.⁸⁹ Da der hierarchische und streng geheime Aufbau der Geächteten keine Unterredungen zwischen den Mitgliedern erlaubt und ermöglicht hatte, stellte sich der Verfall des Bundes als ein langwieriger Prozess heraus, der sich in Paris etwa seit 1835 in Zelten und Lagern unabhängig voneinander vollzog und 1836/37 seinen Höhepunkt erreichte.⁹⁰

Die Ursachen für den Zerfall des Bundes sind in der Forschung sehr umstritten und es gibt unterschiedliche Thesen, die seine Spaltung zu erklären versuchen. Zum einen geht die marxistische Geschichtswissenschaft davon aus, dass die Spaltung vor allem durch eine „Rebellion“ der proletarischen und sozialistischen Mitglieder ausgelöst worden sei, die sich selbstständig organisieren wollten. Dieser Meinung steht allerdings die These gegenüber, dass es sich beim Zerfall des Bundes weniger um einen Interessenskonflikt, sondern vielmehr um eine Revolte eines Teils der Mitglieder gehandelt habe, welche gegen die ihnen unbekannt, in Geheimnisse gehüllte Bundesleitung (Brennpunkt)

⁸⁷ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 100f.

⁸⁸ Ebd., S. 99.

⁸⁹ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 28.

⁹⁰ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 215f.

rebelliert und eine Revision der Statuten gefordert habe.⁹¹ Hierfür gibt es zahlreiche Berichte, aus denen hervorgeht, dass sich die Zelte und Lager immer mehr dem von ihnen abverlangten absoluten Gehorsam entgegenstellten – wie beispielsweise aus folgender Aussage eines Bundesmitglieds aus dem Jahre 1834 erschlossen werden kann:

„Allein in unserem Zelt gab es anfangs Streit, weil man von uns unbedingten Gehorsam verlangte und weil die höchste Behörde für unwählbar erklärt wurde. Wir haben uns dagegen sehr aufgelehnt, da wir keinen unbedingten Gehorsam leisten wollten und dieses für widersinnig erklärten, indem es ja sonst der höchsten Behörde einfallen könnte, uns zu allem zu gebrauchen. Wir sind öfters in unseren Vorstand gedrungen, daß er hier Abhilfe schaffen soll, allein von der höheren Behörde wurde durchaus unbedingter Gehorsam verlangt.“⁹²

Im Jahre 1840 versuchte Theodor Schuster zunächst die drohende Spaltung aufzuhalten, indem er einen eigenen Bund der Deutschen gründete, um die Fraktionen wieder zu vereinen. Diese Vereinigung war jedoch äußerst kurzlebig, zumal er an der Beibehaltung der Geheimbündelei, des hierarchischen Aufbaus sowie an der Verpflichtung der Mitglieder zu blindem Gehorsam gegenüber einer auch hier unbekanntem Bundesleitung festhielt. Dies stieß bei den ehemaligen Mitgliedern deutlich auf Ablehnung – waren diese Anforderungen für sie doch entscheidende Gründe für den Ausstieg aus dem Bund der Geächteten gewesen. Nach dem Zerfall des Bundes in Paris, erlosch er schließlich auch in Deutschland im Jahre 1840.⁹³

5.2. Quellen und Rezeption

Wie aus den vorhergehenden Ausführungen ersichtlich wurde, beruhte die gesamte Organisation der Geächteten auf einer äußerst strengen Geheimhaltung – jeglicher Verrat wurde mit Ausschluss oder gar mit dem Tode bestraft. Dies macht es für heutige HistorikerInnen natürlich nicht leicht, die Aktionen des Bundes nachzuvollziehen und zu ergründen. ForscherInnen sind folglich darauf angewiesen, Informationen aus (teilweise fragwürdigen) Verhörsakten, Spitzelberichten oder etwa aus beschlagnahmten Druckschriften zu entnehmen. Aufgrund dieser schwierigen Quellenlage lassen sich bis heute viele Fragen nicht beantworten. Dazu gehört beispielsweise die Frage nach der genauen Mitgliederzahl und der Zugehörigkeit der einzelnen Mitglieder, oder etwa auch die Frage nach der propagandistischen Wirkung und Resonanz, auf die in Folge eingegangen werden soll.⁹⁴

⁹¹ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 28.

⁹² Zentrales Staatsarchiv Merseburg, Rep. 77, Tit. 509, Nr. 47, Bd. 2, Bl. 218, zit. nach: Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 216.

⁹³ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 99f.

⁹⁴ Ebd., S. 92.

Tatsache ist, dass die politischen und sozialen Vorstellungen des Bundes (vornehmlich der beiden Herren Venedey und Schuster) anfangs noch im Bund der Gerechten aktuell waren und dort auch fortgeführt wurden – bedenke man, dass derselbe schließlich aus dem Bund der Geächteten hervorgegangen ist und anfangs größtenteils ehemalige Mitglieder aus dem Bund der Geächteten rekrutierte. Allerdings dienen den HistorikerInnen heute nicht nur Dokumente des Bundes der Gerechten als wichtige Quelle zur Erforschung der Geächteten und ihrer Resonanz, sondern es gibt noch andere Quellen, welche ihre Ideen aufgreifen. In diesem Kontext sind vor allem Handwerkerlieder zu nennen, welche zwar in ihrer Aussagekraft sehr begrenzt, aber dennoch äußerst aufschlussreich sind. In diesem Zusammenhang ist exemplarisch das „Gerhardsche Liederbuch“ aus dem Jahre 1835 zu nennen. Es handelt sich hierbei um eine Sammlung von „republikanischen Gesinnungsliedern“ der 1830er Jahre, die vornehmlich Freiheitslieder darstellen, die Freiheit als Menschenrecht postulieren und dabei immer wieder auf den „Freiheitsbund der Deutschen“ Bezug nehmen. Der Herausgeber des Liederbuchs, ein gewisser Gerhard⁹⁵, versah sein Vorwort zum Liederbuch mit den Worten „Freiheit, Gleichheit, Tugend“ – eine Formel, die immer wieder in den besagten Handwerkerliedern auftritt und auch in der Flugschrift „Glaubensbekenntniß eines Geächteten“ aufgegriffen wird, wie an folgender Stelle ersichtlich wird:⁹⁶

„Freiheit, Gleichheit, Tugend und Nationaleinheit müssen die Grundsätze sein, auf denen Deutschlands zukünftige Verfassung beruht, wenn Deutschlands Heil, das Glück der braven Deutschen gesichert sein soll.“⁹⁷

Diese Tatsache zeigt uns, dass Lieder für den Bund der Geächteten durchaus als propagandistisches Mittel gedient haben dürften und daher zunehmend auch auf Flugschriften oder Flugblättern verbreitet wurden. Wo immer Handwerker gesellen sich versammelten, wurden politische Lieder gesungen. Diese stellten somit die Basis für die eigentliche propagandistische Bearbeitung dar.⁹⁸ Reduziert auf wenige, aber doch wirksame Schlagworte, wurden die Lieder mit einer einfachen und einprägsamen Melodie versehen und auf das jeweilige Publikum abgestimmt: Sie sollten nämlich sofort und immerzu „sängerbar“ sein. Wer auch immer sie zum ersten Mal hörte, sollte mitsingen können, um somit in die gemeinschaftliche Äußerung des politischen Willens hineingezogen zu werden – was das Singen dieser Lieder augenscheinlich bedeutete.⁹⁹

⁹⁵ Der Herausgeber des Gerhardschen Liederbuchs dürfte Venedeys alter Freund Gerhard Pappers gewesen sein: Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 144, Fußnote 21.

⁹⁶ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 199.

⁹⁷ Glaubensbekenntniß eines Geächteten (Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 138).

⁹⁸ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 145.

⁹⁹ Ebd., S. 143.

Fazit

Bedingt durch die Einführung restriktiver Vereinsgesetze in Frankreich im Jahre 1834 und die darauf folgenden Selbstauflösung des Deutschen Volksvereins, sahen sich die ehemaligen Mitglieder desselben gezwungen, den Weg einer geheimen und illegalen Verbindung zu gehen. In diesem Kontext entstand der Bund der Geächteten – ein Geheimbund mit Sitz in Paris und Zweigstellen in den Staaten des Deutschen Bundes, welcher sich sowohl aus kleinbürgerlichen Intellektuellen als auch aus Handwerker-gesellen zusammensetzte. Inspiriert vom Vorbild der politischen Geheimbündelei, der Karbonaria, entschloss sich der Bund der Geächteten die für seine Existenz „sichersten“ Maßnahmen zu treffen: Hierarchischer Aufbau, absolute Anonymität, bedingungsloser Gehorsam und strenge Geheimhaltung. Diese Prinzipien wurden großgeschrieben und jeglicher Verstoß rigoros bestraft – sogar mit dem Tod. Niemand sollte die Möglichkeit oder die Gelegenheit bekommen, die Existenz des Bundes zu gefährden – sei es absichtlich oder unabsichtlich. In seiner Tätigkeit engagierte sich der Bund neben gegenwärtigen politischen auch für soziale Probleme innerhalb des Deutschen Bundes und bald schon fanden sich unter den Bundesmitgliedern zwei Persönlichkeiten, die immer mehr als Sprachrohr für die beiden Bundesfraktionen fungierten: Jakob Venedey, welcher vor allem die Interessen der kleinbürgerlichen Fraktion unterstützte, und Theodor Schuster, der dem Drängen der werktätigen Arbeiter nach sozialen Reformen nachgab und sich leidenschaftlich dafür einsetzte. Doch der Interessenskonflikt innerhalb des Bundes schien denselben mehr und mehr von innen heraus zu zersprengen und endete im Zerfall der Geächteten – ein Ereignis, das nicht mehr aufzuhalten war, denn sämtliche Versuche den Bund aufrecht zu erhalten, blieben erfolglos. Hier sei vor allem die Initiative Theodor Schusters zu nennen, der in seinem kurzlebigen „Bund der Deutschen“ versuchte, die Wogen zu glätten und die Fraktionen zu vereinen.

Tatsache ist, dass die „proletarische Fraktion“ des Bundes, geprägt von den Ereignissen der Zeit und von den Erfahrungen, welche die Handwerker als Fremdarbeiter in den französischen Werkstätten machten, allmählich ein Klassenbewusstsein entwickelte¹⁰⁰ und immer mehr eine Verselbstständigung anstrebte. Dieser Prozess wurde wohl durch die zunehmende Unzufriedenheit der Bundesmitglieder beschleunigt, welche vor allem auf deren „Unmündigkeit“ innerhalb des Bundes sowie auf die strenge Geheimhaltung und auf den absoluten Gehorsam gegenüber der (unbekannten) Bundesleitung zurückzuführen war. Der Ausstieg eines Großteils der (werktätigen) Bundesmitglieder und ihre Verbindung zu einer eigenständigen Bewegung, dem Bund der Gerechten, war schließlich die letzte Konsequenz. Der geheime und illegale Bund der Geächteten dürfte wohl letztendlich an seiner eigenen Organisation und Geheimhaltung gescheitert

¹⁰⁰ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 91.

sein. Nichtsdestotrotz kann an dieser Stelle abschließend angemerkt werden, dass der Bund der Geächteten in seiner Tätigkeit einiges erreicht hat. Er ging nämlich auf wichtige Fragen der Zeit ein und gab den Arbeitern darüber hinaus die Möglichkeit, sich geistig weiterzubilden:

„Leute, die früher ihre Abende im Wirtshaus und bei Dirnen zubrachten, verwenden jetzt ihre übrige Zeit auf die Ausbildung ihres Geistes, auf das Lesen guter Bücher, auf Besprechung wichtiger und großartiger Fragen der Zeit.“¹⁰¹

Daher kann man sagen, dass der Bund der Geächteten für seine Zeit wesentliche Beiträge zur Zivilisation der Menschheit und somit auch zur besseren Gestaltung der Gesellschaft geleistet hat, auf die man schließlich auch im Revolutionsjahr 1848 mit Genugtuung und Stolz zurückblicken konnte.¹⁰²

Literatur

Beer, Max, Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe, Erlangen 1972.

Best, Heinrich/Weege, Wilhelm, Biografisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1998.

Birker, Karl, Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840–1870, Berlin 1973.

Bouvier, W. Beatrix, Französische Revolution und deutsche Arbeiterbewegung, Bonn 1982.

Höppner, Joachim/Seidel-Höppner, Waltraud, Der Bund der Geächteten und der Bund der Gerechtigkeit, in: Politische Vereine, Gesellschaften und Parteien in Zentraleuropa 1815–1848/49, hrsg. v. Reinalter, Helmut, Frankfurt am Main-Wien 2005, S. 89–153.

Kowalski, Werner, Der Bund der Geächteten (BdG), 1834–1840/41, in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945) in vier Bänden (Band I), hrsg. v. Fricke, Dieter/Fritsch, Werner/Gottwald, Herbert/Schmidt, Siegfried/Weißbecker, Manfred, Köln 1983, S. 210–217.

Lehnert, Detlef, Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848 bis 1983, Stuttgart 1984.

¹⁰¹ Brief eines Herrn Pfarrers aus Basel an einen Kommunisten in Lausanne nebst Antwort darauf..., Bern 1844, S. 15f., zit. nach: Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 152.

¹⁰² Ebd., S. 152.

Ruckhäberle Hans-Joachim (Hrsg.), Frühproletarische Literatur. Die Flugschriften der deutschen Handwerker-Gesellenvereine in Paris 1832–1839, Berlin-Düsseldorf-Mannheim 1977, S. 139–143.

Schieder, Wolfgang, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830, Stuttgart 1963.

Stefanie Wörer ist Studentin der Klassischen Philologie (Latein) und Geschichte im 7. Semester an der Universität Innsbruck: Stefanie.Woerer@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Stefanie Wörer, Der Bund der Geächteten. Über den konspirativen Charakter des Bundes und dessen politisch-sozialen Ziele im Kampf um ein geeinigtes bürgerliches Deutschland, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 59–81, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.